



HESSISCHER LANDTAG

15. 12. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Bürgerwille ernst nehmen - Bürgerentscheide zulassen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass mit der Durchführung des Bürgerentscheids von Oestrich-Winkel für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bestand, sich direkt bei der Planung von Standorten für Windkraftanlagen einzubringen.
2. Der Landtag begrüßt außerdem den Ausgang des Bürgerentscheids, der einen Bau von Windrädern im Gemeindewald von Oestrich-Winkel verhindert.
3. Der Landtag nimmt die Aussage von Ministerpräsident Volker Bouffier zur Kenntnis, dass "die Energiewende wie der Sprung aus einem Flugzeug sei, bei dem man erst während des Falls damit anfange, einen Fallschirm zu konstruieren", die er am 7. März 2014 bei einem Besuch in der Fürst-Johann-Ludwig-Schule in Hadamar getätigt hat.
4. Der Landtag unterstützt den Ministerpräsidenten weiterhin in seiner Aussage, dass beim Bau von Windkraftanlagen andere Interessen nicht einfach "weggebügelt" werden dürfen, die er am gleichen Ort geäußert hat.
5. Der Landtag sieht daher die Durchführung von Bürgerentscheiden im Vorfeld der Planungen von Windkraftanlagen als wichtiges Element der Bürgerbeteiligung an. Eine Blockade von Bürgerentscheiden vor Ort, wie zum Beispiel in Wiesbaden, kritisiert der Landtag als Förderprogramm für Politikverdrossenheit.
6. Der Landtag stellt fest, dass der Bürgerentscheid in Oestrich-Winkel und das Bürgerbegehren in Wiesbaden zeigen, dass viele Bürger die Nutzung der Windkraft im Wald ablehnen. Noch im November 2012 hatte der Landesbetriebsleiter von Hessen-Forst in der FAZ bekräftigt, dass man nicht gegen den Willen umliegender Kommunen WKAs im Staatswald errichten werde. Nach dem Regierungswechsel gilt diese Zusage offenbar nicht mehr. Ministerpräsident Bouffier hat, wie in seinem Brief an die FDP-Fraktion festgehalten, seine Position in dieser Frage diametral verändert. Der Landtag fordert die Landesregierung daher erneut auf, dieser Zusage des Betriebsleiters auch weiterhin Geltung zu verschaffen. Hessen-Forst muss den Willen kommunaler Parlamente beachten und darf nicht gegen deren demokratisch legitimierte Beschlüsse Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Gemeinden errichten oder Flächen zur Errichtung zur Verfügung stellen.

Wiesbaden, 15. Dezember 2014

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rock